

SoVD begrüßt SPD-Rentenkonzept im Ansatz – Schnittstellen mit SoVD-Positionen

Streitthema Rente: Gefahr erkannt

Wenige Monate vor der Bundestagswahl sorgt das Thema Rente erneut für Diskussionen. Zweifellos spielen die verschiedenen Konzepte zur Alterssicherung auch bei der Entscheidung der Wählerinnen und Wähler – unter ihnen etwa 21 Millionen Rentnerinnen und Rentner – eine erhebliche Rolle. Vor Kurzem hat nun SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz seine Rentenreformpläne vorgestellt. Denen zufolge will die SPD ein weiteres Absinken des Rentenniveaus stoppen und dieses bis 2030 zumindest auf heutigem Stand von 48 Prozent stabilisieren. Die ebenfalls vorliegenden Konzepte der Grünen und der Linkspartei deuten in die gleiche Richtung. CDU und CSU sehen bis 2030 keinen grundlegenden Handlungsbedarf, planen jedoch die Einsetzung einer sogenannten Rentenkommission nach der Wahl.

Das Thema ist vielschichtig, und Vorsicht vor Wahlversprechen, die „Mogelpackungen“ enthalten könnten, ist gerade beim Streitthema Rente geboten. Davon abgesehen: Die sofortige Stabilisierung des absinkenden Rentenniveaus ist eine Forderung, die der Sozialverband Deutschland (SoVD) seit Langem eindringlich vertritt.

Entsprechend unmissverständlich hat der SoVD dies auch in seinen sozialpolitischen



Foto: mopsgrafik/fotolia

Der SoVD tritt für eine armutsfeste, solidarische und generationengerechte Rente ein, die in der Lage ist, den Lebensstandard im Alter zu sichern.

Kernforderungen zur Bundestagswahl formuliert (*wir berichteten in der April-Ausgabe*).

Dabei sollte nach SoVD-Überzeugung vom Ausgangspunkt der Stabilisierung die Lebensstandardsicherung von 53 Prozent angestrebt werden.

Auch ältere Erwerbstätige zahlen volle Rentenbeiträge

In Deutschland wird die gesetzliche Rente über das Umlagesystem finanziert: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

kommen mit ihren Beiträgen für die Altersbezüge der nicht mehr Erwerbstätigen auf. Ein Teil der Renten wird außerdem über Bundeszuschüsse aus Steuermitteln finanziert. Diese liegen aktuell bei knapp 90 Milliarden.

Wenn heute vom demografischen Wandel die Rede ist, wird oft in einem Atemzug der Generationenkonflikt geschürt. „Die wenigen Jungen zahlen für immer mehr Alte“, heißt es dann pauschal. Dabei wird kaum bedacht, dass alle ältere

Erwerbstätigen exakt bis zum Eintritt in den Ruhestand ebenso volle Rentenbeiträge entrichten.

Generationen nicht gegeneinander ausspielen

Der SoVD setzt sich dafür ein, die Generationen nicht gegeneinander auszuspielen, sondern gerechte und tragfähige Lösungen für Jung und Alt zu finden.

Dazu ist es zunächst wichtig, die Fakten korrekt darzustellen.

Fortsetzung auf Seite 2

Gemeinsamer Appell: „Gute Bildung für alle!“

SoVD unterstützt Aufruf der GEW für mehr Geld

Seite 4



Mitmachen beim Gewinnspiel des SoVD-Magazins!

Entdecken Sie die App und gewinnen Sie ein Tablet

Seite 6

Zahlreiche Festakte und Aktivitäten

Berichte aus den SoVD-Landesverbänden zum Jubiläum

ab Seite 7



Abstufung beim Behinderungsgrad vermeiden

Änderung der Verordnung der Versorgungsmedizin

Seite 3



Resolut und rothaarig

Schauspielerin Hannelore Hoger wird 75

Seite 24



Anzeige



Unsere Berater finden für Sie die passende Sterbegeldversicherung!

Entlasten Sie Ihre Angehörigen und decken alle Kosten ab!

- ✓ Aufnahme bis zum 85. Lebensjahr
- ✓ Keine Gesundheitsfragen
- ✓ Keine Wartezeiten
- ✓ Günstiger Gruppentarif für VVS-Versicherte

Jetzt kostenlos beraten lassen.

030-398 202 160

www.vvs-ag.com | info@vvs-ag.com



Blickpunkt

Nach der jüngsten Statistik waren in Deutschland 2015 knapp 3 Millionen Menschen pflegebedürftig – Tendenz steigend. Bis 2030 wird mit mehr als 3,5 Millionen Pflegebedürftigen gerechnet. Sie alle, und mit ihnen viele Millionen Patientinnen und Patienten, sind auf die Versorgung durch gut ausgebildete Pflegekräfte angewiesen.

Der Pflegeberuf ist hart, das Personal knapp, die Bezahlung dürftig. Trotzdem absolvieren über 130 000 Menschen jährlich

eine Pflegeausbildung. Jetzt sollen die Bedingungen dafür besser werden. Das vom Bundeskabinett beschlossene Pflegeberufereformgesetz sieht nun endlich eine Ausbildungsvergütung – statt wie bislang Schulgeld – vor. Einer zweijährigen allgemeinen Pflegeausbildung für die vormals separaten Berufsbilder in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege soll erst im letzten Jahr eine Spezialisierung folgen. Das macht Auszubildenden einen Wechsel leicht-

er. Auch studieren kann man „Pflege“ künftig. Erstmals wird (fast nebenbei) deutlich, dass für die aufopferungsvolle Tätigkeit auch Fachkenntnisse gebraucht werden. Das hebt endlich das Ansehen des Berufes, und das von 1,5 Millionen Menschen, die bereits darin tätig sind. Nicht alle Probleme sind damit gelöst. Doch kommt man einem wichtigen Ziel näher: mehr Kräfte für den Pflegeberuf zu gewinnen!

Adolf Bauer
SoVD-Präsident